

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026

9. Sitzung vom 5. April 2023, 19.00 Uhr

Schulhaus Hofern (Aula), Sonnenbergstrasse 28/30, 8134 Adliswil

Anwesend	Wolfgang Liedtke	Präsident
	Sait Acar	Florian Kälin
	Harry Baldegger	Urs Künzler
	Ann-Kathrin Biagioli	Gabriel Mäder
	Angela Broggini	Heinz Melliger
	Reto Buchmann	Kannathasan Muthuthamby
	Vera Buchmann-Bach	Simon Schanz
	Bernie Corrodi	Daniel Schneider
	Daniela Eggenberger	Rolf Schweizer
	Xhelajdin Etemi	Jacqueline Schoch
	Daniel Frei	Christoph Sütterlin
	Heinz Geissler	Walter Uebersax
	Silvia Helbling	Renata Vasella Billeter
	Sebastian Huber	Martin Weber
	Urs Huber	Pascal Welti
	Thomas Iseli	Urs Weyermann
	Martial Jacoma	Esen Yilmaz
	Renato Jacomet	
Abwesend	Hanspeter Clesle	Pascal Engel
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Marion Gass	
Präsenz Stadtrat	Karin Fein	Finanzen
	Marianne Oswald	Soziales
	Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport

	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	Markus Bürgi	Bildung
	Felix Keller	Bau und Planung

Traktanden

1. **Mitteilungen**
2. **Fragestunde**
3. **Einbürgerungen**
4. **Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten (GGR-Nr. 2022-72)**
Antrag des Stadtrats vom 29. November 2022 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 6. März 2023
5. **Teilrevision Gebührenverordnung (GebV) aufgrund Totalrevision Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) (GGR-Nr. 2019-330)**
Antrag des Stadtrats vom 24. Januar 2023 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 6. März 2023
6. **Anschluss des Quartiers Sonnenberg an den öffentlichen Verkehr (GGR-Nr. 2022-84)**
Postulat von Kannathasan Muthuthamby (SP) und Sait Acar (SP) vom 14. Dezember 2022
7. **Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeiten in den Jahren 2022-2023 (GGR-Nr. 2022-439)**
8. **Selbständiges Wohnen im Alter (GGR-Nr. 2022-70)**
Interpellation von Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW), Bernie Corrodi (FW) und Daniel Frei (FW) vom 21. November 2022

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 9. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Wünschen Sie das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen Entschuldigungen von zwei Gemeinderatsmitgliedern vor. Ein Mitglied des Gemeinderats wird einige Minuten verspätet eintreffen. Der Stadtrat verzeichnet zwei Absenzen.

Gratulation

Unsere letzte Sitzung fand am Welt-Frauentag statt und unsere heutige Sitzung findet am Geburtstag einer Frau aus unserem Gemeinderat, nämlich Daniela Eggenberger, statt. Liebe Daniela, zu Deinem heutigen Geburtstag gratuliere ich Dir im Namen des Grossen Gemeinderats herzlich. Ich hoffe, Du konntest Deinen Tag trotz Arbeit und Parlamentssitzungen bisher schon etwas geniessen und ich hoffe, Du kannst ihn dann beim Schlummi noch weiter geniessen.

Zuweisung von Vorlagen

An die Rechnungsprüfungskommission

- Vorlage GGR-Nr. 2015-33; Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2022

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2021-1989; Förderung und Schutz der Artenvielfalt

Ratsfeier

Gerne erinnere ich Sie an die Ratsfeier vom 10. Mai 2023. Sie können Sich noch bis Ende April an- bzw. abmelden.

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtrat Mario Senn zum Thema "Kriminalstatistik 2022"

Die Kantonspolizei gibt jeden Frühling die Zahlen zur Entwicklung der Kriminalität bekannt – die sogenannte Kriminalstatistik. Ich möchte Ihnen daraus zur Kriminalitätsslage in Adliswil berichten.

Im ganzen Kanton Zürich kam es zu einer Zunahme der Straftaten im Jahr 2022 um rund 9%. Das Jahr 2022 war im langfristigen Vergleich jedoch eine Ausnahme: Trotz zunehmender Einwohnerzahl nimmt die polizeilich erfasste Kriminalität im Kanton Zürich seit mehr als einem Jahrzehnt tendenziell ab.

Auf dem Gebiet der Stadt Adliswil durften wir 2022 einen Rückgang der Straftaten zur Kenntnis nehmen. Es wurden 734 Straftaten gegen das Strafgesetzbuch (StGB) und das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) erfasst, rund 19 oder 2,5% weniger als im Vorjahr. Gegenüber 2020, als der entsprechende Wert 947 Straftaten umfasste, stellt dies einen satten Rückgang um 22,5% dar. Damit nähern wir uns langsam wieder den Werten von 2019 an, als 690 Straftaten gemeldet wurden.

In absoluten Zahlen machen weiterhin die Vermögensdelikte mit 423 Straftaten den Hauptteil der Delikte aus. Darunter versteht man Diebstahl und Raub, aber auch Betrug. Gegenüber 416 im 2021 ist der Wert von 423 ein leichter Anstieg. 2020 wurden allerdings 551 Vermögensdelikte gezählt. Ich bin froh, dass es sich bei den 2020er Zahlen offenbar um einen Ausreisser nach oben handelte und die Zahl sich nun wieder um rund 400 Fälle eingependelt hat. Was den Ausschlag für die 2020er Zahlen gab, kann man nicht genau sagen, es ist aber wahrscheinlich nicht ganz falsch anzunehmen, dass es etwas mit der Pandemie zutun hatte.

Alles in allen also ein einigermaßen zufriedenstellendes Bild in Adliswil.

Letztes Jahr habe ich Sie anlässlich der Juli-Sitzung ausführlich über die Delikte gegen die sexuelle Integrität informiert. Gegenüber 2020 wurde im 2021 ein starker Anstieg, allerdings auf tiefem Niveau, festgestellt. Es freut mich, dass dort der Trend eines konstanten Anstiegs gebremst werden konnte und die Anzahl Delikte um satte 44% zurückging. Die Entwicklung ist insgesamt erfreulich und zeigt, dass die vielschichtigen polizeilichen Strategien mit Präventionskampagnen, Schwerpunktaktionen mit hohem Personaleinsatz, Kriminalanalysetools zur Disposition uniformierter und ziviler Polizeieinsätze, Spezialtrainings zur Erkennung von deliktischem Verhalten und konsequente Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen ihre Wirkung nicht verfehlen. Dafür danke ich den Angehörigen der Kantonspolizei und der Polizei Adliswil – Langnau am Albis, die sehr gut zusammenarbeiten.

Falls Sie Fragen zu weiteren Details der Kriminalstatistik haben, verweise ich Sie einerseits auf die Homepage der Kantonspolizei, andererseits stehe ich Ihnen aber auch gerne zur Verfügung.

Fraktionserklärung

Xhelajdin Etemi (SP) zum Thema "Inklusions-Check"

Im Namen unserer Fraktion möchte ich heute zu einem wichtigen Thema etwas sagen: der Inklusion in Adliswil. Wir begrüssen ausdrücklich das Engagement von Stadträtin Marianne Oswald in diesem Bereich und möchten uns hiermit für ihre Arbeit bedanken. Insbesondere möchten wir auf den von Stadträtin Oswald erstellten Videoclip und das dazugehörige Interview eingehen. Wir haben diese beiden Medien mit großem Interesse verfolgt und sind beeindruckt von der klaren Botschaft, die sie vermitteln.

Inklusion ist ein wichtiges Thema einer modernen und fortschrittlichen Gesellschaft. Eine inklusive Gesellschaft bedeutet, dass jeder Mensch, unabhängig von seinen

körperlichen, geistigen oder sozialen Merkmalen, gleichermassen an der Gesellschaft teilhaben kann. Adliswil hat in den letzten Jahren einige Initiativen gestartet, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und anderen benachteiligten Gruppen zu fördern. Doch wie fit ist Adliswil wirklich in Sachen Inklusion? Adliswil hat hier in den letzten Jahren einige Fortschritte gemacht, aber es gibt noch immer Bereiche, die verbessert werden können. Zum Beispiel gibt es immer noch einige öffentliche Gebäude, die nicht komplett rollstuhlgängig sind und auch der öffentliche Verkehr ist nicht in allen Bereichen barrierefrei zugänglich. Es ist auch wichtig, dass Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt teilhaben können. Hier hat Adliswil noch Verbesserungspotential, denn, trotz einiger Initiativen gibt es noch immer viele Menschen mit Behinderungen, die arbeitslos sind oder schwer eine Stelle finden. Ein positiver Aspekt ist die Vielfalt der Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Adliswil hat in den letzten Jahren einige tolle Initiativen gestartet, um diesen jungen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Überhaupt hat Adliswil schon einige Schritte in Sachen Inklusion gemacht, aber es gibt auch noch Verbesserungsbedarf. Mit weiteren Initiativen und Anstrengungen könnten wir als Gemeinde noch inklusiver werden und allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen.

2. Fragestunde

Vera Buchmann-Bach (FDP) zum Thema "Auflösung Parkplätze im Tal"

Während den Bauarbeiten des Hallenbads Adliswil wurden bei der Abfall-Sammelstelle im Tal zusätzliche Parkplätze geschaffen, um die durch Baumaschinen besetzten Plätze zu kompensieren. Diese wurden mittlerweile wieder aufgelöst.

- Wieso wurden diese Parkplätze durch die Werkbetriebe wieder aufgelöst, obwohl jeweils ein grosser Mangel an Parkplätzen besteht?
- Wie gedenkt man den Bedarf im kommenden Sommer und bei Fussballspielen zu decken?
- Kann sich der Stadtrat vorstellen, den Platz wieder zu öffnen?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wieso wurden diese Parkplätze durch die Werkbetriebe wieder aufgelöst, obwohl jeweils ein grosser Mangel an Parkplätzen besteht?

Mit der Umsetzung der Sanierung Hallenbad wurde temporär Platz für die notwendigen Bauplatzinstallationen benötigt. Mit der provisorisch genehmigten Ersatzmassnahme konnte der Bedarf an Parkplätzen während der Bauphase gewährleistet werden. Die Ersatzparkplätze wurden nur temporär durch den Kanton (AWEL) bewilligt und mussten nach Beendigung der Bauarbeiten wieder zurückgebaut werden.

In den Erwägungen der Baubewilligung vom 2. April 2020 wurde festgehalten: "Bei der Parkieranlage handelt es sich um ein Provisorium, welche als vorschriftswidrige Anlage (teilw. innerhalb eines Gewässerraums) temporär toleriert wird." Mit der befristeten Bewilligung entstand leider kein Bestandesprivileg (keine Besitzstandswahrung) und "es kann kein Rechtsanspruch auf Verlängerung abgeleitet werden."

- Wie gedenkt man den Bedarf im kommenden Sommer und bei Fussballspielen zu decken?

Wie bei allen See- und Freibädern kommt es im Sommer an einzelnen Tagen zu einer Parkplatzknappheit. Dies ist auch ohne Fitnesscenter und Fussballplatz der Fall. Ausserdem entspricht die Parkplatzsituation wieder derjenigen, wie sie vor der Sanierung und Umbau des Hallenbads bestand.

Die Anzahl öffentlicher Parkplätze auf den selten erreichten Maximalbedarf auszurichten, macht keinen Sinn. Als Ausweidlösung bei Fussballspielen kann der Kronwiesenplatz an Tagen oder Uhrzeiten ohne Schulbetrieb beigezogen werden.

- Kann sich der Stadtrat vorstellen, den Platz wieder zu öffnen?

Bei der Erholungszone Sport handelt es sich um eine Nichtbauzone, darum sind die Bauten resp. der Parkplatz nur ausnahmsweise genehmigt worden. Da der provisorische Parkplatz teilweise im Bereich des Uferstreifens des Chräbsbachs lag, und eine Verschiebung aufgrund des bestehenden Baumbestandes im Osten nicht in Frage kam, wurde die Bewilligung für die provisorische Parkierungsanlage bis zum 31. Dezember 2021 erteilt. Eine unbefristete Bewilligung an diesem Standort hat das AWEL von Anfang an ausgeschlossen.

Esen Yilmaz (SP) zum Thema "Risiken leerstehender Abbruchliegenschaften im Stadtgebiet"

Nichtbewohnte oder stark beschädigte Liegenschaften sind grosse Risiken, vor allem für Menschen, den Verkehr und die Umwelt. Nach dem Brand des Gebäudes im Sonnenbergquartier ist es nach grosser medialer Ausstrahlung ruhiger um die Liegenschaft geworden. Das Feuer wurde zwar gelöscht, jedoch liegen die Trümmer immer noch da, welche, je nach Witterung, sehr stark nach Brand riechen und so die Bewohner des gesamten Quartiers bedrücken. Der Brandgeruch wird sich vermutlich bei zunehmender Aussentemperatur noch verstärken. Zum Gesprächsstoff in Adliswil sorgt auch das Gebäude an der Zürichstrasse 43, welches direkt an der Hauptverkehrsstrasse von und zu Adliswil liegt. Es scheint so, dass es provisorisch abgeriegelt und so für Gebäudebesetzer gesperrt ist, für die Personen in der Nachbarschaft ungefährlich ist und für den Verkehr kein Risiko darstellt.

- Wie geht es mit den Trümmern des Gebäudes im Sonnenbergquartier weiter, vor allem, wie sehen die Daten aus; wann passiert was und wie kann der Geruch behoben werden?
- Wie steht es um die Liegenschaft an der Zürichstrasse 43, d.h. wann hatte der Stadtrat zuletzt Kontakt mit der Eigentümerschaft, und vor allem, was sind die Pläne; wann passiert was?
- Welche Mittel hat der Stadtrat, genau solche Problemliegenschaften koordiniert mit der Eigentümerschaft, vor allem schnell zu reagieren und dann bis zum Entscheid eines Abbruchs oder einer Entwicklung zu verwalten oder temporär zu mieten? Hier geht es vor allem um die Sicherheit im Quartier und der Umgebung.
- Hat der Stadtrat die Möglichkeit der Vollstreckungsmassnahmen?

Stadtrat Mario Senn zur Beantwortung

Ich beantworte diese Fragen auch in Absprache mit Stadtrat Felix Keller, Vorsteher des Ressorts Bau und Planung.

- Wie geht es mit den Trümmern des Gebäudes im Sonnenbergquartier weiter, vor allem wie sehen die Daten aus; wann passiert was? Und kann der Geruch nicht behoben werden?

Derzeit liegt der Fall bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) zur Prüfung. Dabei wird die Schadenhöhe usw. abgeklärt und dem Versicherten mitgeteilt, in welchem Umfang die GVZ den Schaden übernimmt. Gleiches gilt mit dem Hausrat. Nach dem Abschluss der Schadenaufnahme kann mit den Abbrucharbeiten begonnen werden. Ein Schaden muss in der Regel innert zweier Jahre behoben werden. Diese Frist kann in begründeten Ausnahmefällen auf maximal vier Jahre verlängert werden. Da es sich um einen Totalschaden handelt, wird der Brandgeruch wohl noch einige Zeit bemerkbar sein. Es ist mir wichtig mitzuteilen, dass für die Entsorgung die Hauseigentümerin zuständig ist. Mit der Zeit wird der Geruch sich von selber verflüchtigen, wie man das von anderen Brandfällen her kennt.

Seitens der Stadt wären Massnahmen (Verfügung der Räumung und Androhung von Ersatzmassnahmen) angezeigt, sobald der Schutt usw. als umweltschädlich beurteilt werden müsste oder nicht zuzumutende Emissionen davon ausgehen würden.

Soweit sind wir aber im Moment noch nicht, darum sind zurzeit keine Massnahmen vorgesehen. Selbstverständlich wird die Situation aber beobachtet

- Wie steh es um die Liegenschaft an der Zürichstrasse 43, d.h. wann hatte der Stadtrat zuletzt Kontakt mit der Eigentümerschaft, und vor allem, was sind die Pläne; wann passiert was?

Am 20. Dezember 2016 wurde für die Liegenschaft Zürichstrasse 43 ein Baugesuch eingereicht. Mit der Abbruchmeldung vom 8. Juni 2016 wurden die Rückbauarbeiten im Gebäudeinnern freigegeben und daraufhin begonnen. Danach wurde der Abbruch eingestellt. Auch wurde die Baustelleneinzäunung entfernt, so, dass die Baustelle für jedermann zugänglich wurde. In der Folge wurde das Baugesuch am 1. November 2018 abgeschrieben und gleichzeitig die Sicherung der Baustelle vor Personenzutritt verfügt. Seit diesem Datum (November 18) steht das Gebäude im heutigen Zustand. Es ist nicht bekannt, was die Eigentümerschaft mit der Liegenschaft vorhat. Aufgrund der planungsrechtlichen Bedingungen (Baulinie verläuft mitten durch das Grundstück) ist ein Neubau leider nicht möglich.

- Welche Mittel hat der Stadtrat, genau solche Problemliegenschaften koordiniert mit der Eigentümerschaft, vor allem schnell zu reagieren, und dann bis zum Entscheid eines Abbruchs oder einer Entwicklung zu verwalten oder temporär zu mieten? Hier geht's vor allem um die Sicherheit im Quartier und der Umgebung.
- Hat der Stadtrat die Möglichkeit der Vollstreckungsmassnahmen?

Beide Problemliegenschaften wurden mit Massnahmen gesichert, sodass keine Personen auf die Grundstücke gelangen können. Solange von einem Gebäude keine Gefahr für die Öffentlichkeit ausgeht, gibt es, obwohl ärgerlich, keine rechtli-

che Grundlage, um beispielsweise die Eigentümerschaften zum Verschliessen eines Gebäudes zu verpflichten. Ebenfalls gibt es keine Grundlagen dazu, eine Liegenschaft zwangsweise zu vermieten oder zu verwalten.

Rolf Schweizer (FDP) zum Thema "Offizielle Dokumente in englischer Sprache"

Wer international unterwegs ist, braucht ab und zu offizielle Dokumente, auch in englischer Sprache. Bis etwa vor einem Jahr war es nicht möglich, solche zu bekommen, in der Stadt Adliswil. In der Stadt Zürich oder Baden war das problemlos möglich. Es hiess, es gibt sie nur in den drei Landessprachen. Auf Nachfrage am Schalter «weshalb», hiess es, es gäbe keine Nachfrage nach englischen Dokumenten. Ich fragte darauf bei der internationalen Schule nach. Sie haben im Moment 120 Schüler mit Wohnsitz in Adliswil plus 100 ehemalige Schüler mit Wohnsitz in Adliswil. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese internationalen Familien nicht ab und zu ein Dokument in englischer Sprache für ihre Heimat oder für den Beruf brauchen.

Nun habe ich kürzlich nach so einem Dokument gefragt. Hier habe ich eine Wohnsitzbestätigung und ich habe mich gefreut, dass man den Formulareteil nun auch in Englisch haben kann. Da steht jetzt statt "Zivilstand" neu "Marital Status", das ist super. Allerdings, wenn es dann um die persönlichen Daten geht, steht dann im Textfeld das Wort "verheiratet" auf Deutsch. Ich weiss nicht, wenn ich das Dokument in den USA einreiche oder in Indonesien, ob die dann wissen, was "verheiratet" heisst.

- Beabsichtigt die Stadt Adliswil offizielle Dokumente auch komplett in Englisch anzubieten, wenn ja, bis wann?
- Wenn nein, warum nicht?

Stadtpräsident Farid Zeroual zur Beantwortung

- Beabsichtigt die Stadt Adliswil offizielle Dokumente auch komplett in Englisch anzubieten, um damit den Public Service (auf Deutsch: öffentlicher Dienst) einer wachsenden und internationaler werdenden Stadtbevölkerung zu verbessern?

Nein, es ist nicht beabsichtigt, alle offiziellen Dokumente der Verwaltung komplett in Englisch anzubieten. Die grosse Mehrheit aller offiziellen Dokumente wird auch weiterhin nur in der Amtssprache des Kantons Zürich, auf Deutsch erhältlich sein, z.B. Steuerbescheide, Baubewilligungen und Verfügungen jeder Art. Jedoch im Ressort Einwohnerkontakte ist beabsichtigt, einzelne, offizielle Bestätigungen auch in englischer Sprache anzubieten. Dabei sind durch das Einwohnerwesen und das Zivilstandsamt gesetzliche Vorgaben zu berücksichtigen.

Das EAZW, Eidg. Amt für Zivilstandswesen, legt die Formulare fest, die im Zivilstandswesen in Papierform oder elektronischer Form zur Erstellung von Dokumenten aus dem Zivilstands- und Personenstandsregister zu verwenden sind (Art. 6 Abs. 1 ZStV). Dieser Formularzwang erlaubt es den Zivilstandsämtern nicht, die vom EAZW vorgesehenen Formulare abzuändern. Das EAZW schreibt explizit vor, Zivilstandsurkunden auf dem im Beurkundungssystem "Infostar" hinterlegten Formularen auszustellen (Weisung EAZW Nr. 10.07.10 vom Oktober 2007).

Zivilstandsurkunden werden in der kantonalen Amtssprache ausgestellt. Zivilstandsbezeichnungen, wie beispielsweise "ledig", "verheiratet" werden im Kanton Zürich deshalb in deutscher Sprache in den Software-Systemen abgelegt.

Mit den internationalen Auszügen aus dem Geburtsregister, Ehregister, Todesregister und Anerkennungsregister, die gem. dem Übereinkommen Nr. 16 bzw. Nr. 34 der CIEC - sprich Internationale Kommission für das Zivilstandswesen - ausgestellt werden, stehen bereits mehrsprachige, auch englische Urkunden zur Verfügung. Sieht das System kein Formular vor, so ist eine Bestätigung betreffend einem beurkundeten Ereignis oder eine Bescheinigung des aktuellen oder historischen Sachverhalts abzugeben. Dies trifft zum Beispiel auf die Wohnsitzbestätigung des Wohnortes zu.

Erste Versuche einer automatisierten Umstellung wurden in Adliswil bereits unternommen. Du hast dich in der Begründung der Fragen auch bereits darauf bezogen. Die Speicherung der Informationen in der Einwohnerdatenbank erfolgt in der kantonalen Amtssprache. Daher ist bisher erst die Feldbezeichnung in der Fremdsprache aufgeführt, der Feldinhalt jedoch noch in der originalen Amtssprache deutsch.

Eine Übersetzung der Feldinhalte für die Ausstellung von Bestätigungen ist zukünftig beabsichtigt. Sofern sich dies in den betroffenen EDV-Anwendungen technisch und mit vertretbarem Aufwand/Nutzen-Verhältnis umsetzen lässt.

- Wenn ja, bis wann?

Die bisherige Anpassung der statischen Formular-Feldbezeichnungen konnte schnell und günstig umgesetzt werden, führte aber noch nicht zu vollständig befriedigenden Ergebnissen. Für die Umsetzung einer, wenn immer möglich automatisierten Übersetzungslösung, sind die Schnittstellen der beteiligten Anwendungssoftware anzupassen. Dies soll im Rahmen der ordentlichen SW-Wartung in einem kommenden Release angegangen werden. Ein konkreter Termin kann dazu nicht genannt werden.

Mündliche Fragen

Sebastian Huber (SVP) zum Thema "Asylunterkunft Sihlau"

An der letzten Sitzung habe ich die zuständige Stadträtin zur aktuellen Situation betreffend Belegung der Asylunterkünfte, in Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation, befragt. Die Antwort war damals, dass es aktuell keinen Handlungsbedarf bei Aufnahmeplätzen gibt und die Situation entspannt sei.

Nun war in der Zürisee-Zeitung vom 27. März 2023 zu lesen, dass im neu eröffneten Asylzentrum in Adliswil, welches Platz für 140 Personen bietet, gemäss Kanton in einer ersten Phase 200 Personen untergebracht werden sollen.

Hierzu habe ich folgende Fragen:

- Wie beurteilt die zuständige Stadträtin die aktuelle Lage, beziehungsweise, besteht bereits eine Überbelegung und wenn ja, wieso wurde das nicht vorhergesehen?
- Wie ist das weitere Vorgehen?
- Welche Lösungen sieht der Stadtrat für die Entspannung der Situation?

Stadträtin Marianne Oswald zur Beantwortung

Ich muss vorausschicken, dass das Asylzentrum in der Sihlau vom Kanton geführt wird. Wir können hier nicht wirklich viel dazu beitragen. Was dort geschieht, kommt vom Kanton. Das hat einen grossen Vorteil, weil diese Plätze unserer Quote angerechnet werden. Es ist so, dass das Asylzentrum ab nächster Woche gefüllt wird. Im Moment sind 140 Plätze geplant. Der Kanton hat es so eingerichtet, dass man im Notfall auch 200 Personen unterbringen kann. Es wurden mehr Betten hineingestellt, aber es hat immer noch genug Platz. Wenn dort also mehr Leute hineinkommen, würden unserer Quote auch mehr Personen angerechnet werden. Für uns würde sich eigentlich nicht viel ändern, wir hätten nicht mehr Arbeit.

Sebastian Huber (SVP)

Die Nachfrage würde um das alte Asylzentrum gehen. Dort waren ja die Zustände durch die Überbelegung, ich sage mal "nicht menschlich". Da stellt sich die Frage, obwohl die Zuständigkeit beim Kanton liegt, ob solche Zustände nicht unbedingt ein gutes Licht auf die Stadt Adliswil werfen. Ist man hier vorbereitet bzw. in Kommunikation mit dem Kanton, dass so etwas eben nicht passiert.

Stadträtin Marianne Oswald zur Beantwortung

Man kann sagen, dass das Zentrum von aussen gesehen sehr gelungen ist. Es ist von der Aufteilung her sehr gut gebaut, so dass man sich zurückziehen kann, auch, wenn es relativ voll besetzt ist. Von da her sehe ich keine Gefahr, aber mir ist klar, dass der bestehende Kontakt mit der Leitung des Asylzentrums sicher aufrechterhalten bleiben muss. Wir kümmern uns auf jeden Fall darum.

Esen Yilmaz (SP) zum Thema "Liegenschaften im Besitz der Pensionskasse Adliswil"

Liegenschaften im Besitz der Pensionskasse Adliswil, so kam es mir zu Ohren, werden oder sind in der letzten Zeit durch Interessenten, inklusive des Hauswirts oder Vertreter der Liegenschaften Adliswil, besichtigt und wahrscheinlich auch bewertet worden. Nach meiner Rückfrage beim Verwalter der Liegenschaften der Verit AG kam die Antwort, ja man interessiert sich für diese Liegenschaften, es gäbe eine Planung, aber man wisse nicht genau, wie es weitergeht.

- Plant die Pensionskasse, welche ja autonom ist, diese Liegenschaften, welche nach wie vor der Stadt gehören, zu verkaufen und wenn ja, wann und mit welcher Absicht.

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Ich kann Dir diese Frage nur beantworten, weil ich nicht nur Stadträtin bin, sondern auch Stiftungsrätin dieser Pensionskasse. Ich spreche hier also als Vertreterin vom Stiftungsrat der Pensionskasse Adliswil. Es ist nicht so, dass die PK noch der Stadt gehört, wir sind nur als Arbeitgeber angeschlossen an einer privatrechtlichen Stiftung, welche übrigens jetzt nicht mehr unser Anschluss ist, sondern per 1.1.2023 ist es die BVK (Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich), bei der die Stadt Adliswil angeschlossen ist.

Im Zuge des Anschlusses des ehemaligen Arbeitgebers, welcher bei der Pensionskasse Adliswil angeschlossen war, zur BVK kam die Frage über die Liegenschaften,

welche der PK gehören, auf. Diese Liegenschaften stehen zum Verkauf, wobei dieser durch eine externe Firma vollzogen wird.

Das ist privatrechtlich und geht die Stadt Adliswil an sich nichts an, sondern nur den Stiftungsrat der PK und potentielle neue Käufer. Es ist so, dass man ein breites Feld von Interessenten hat, und sobald man weiss, wer die neuen Eigentümer der Liegenschaften, die früher der Pensionskasse Adliswil gehörten, sein werden, werden wir seitens der PK Stadt Adliswil wieder informieren.

Mehr kann ich im Moment nicht sagen als das offizielle Wording der PK.

Esen Yilmaz (SP)

Was ist der Zeithorizont und gibt es eine öffentliche Ausschreibung?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

Der Zeithorizont geht, bis wir das beste Angebot bekommen haben. Der Stiftungsrat rechnet bis im Laufe des Sommers. Die Ausschreibung wurde durch die Beratungsfirma sehr professionell aufgegleist. Und zwar ist ja im Sinne der Versicherten der PK zu handeln. Es geht eigentlich weder den Gemeinderat noch uns als Stadtrat etwas an, sondern es sind die Versicherten, für die man die beste Lösung finden muss.

3. Einbürgerungen

Es wurden 15 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

Es gibt einen dreissigminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.15 Uhr weiter.

4. Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten (GGR-Nr. 2022-72)

Antrag des Stadtrats vom 29. November 2022 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 6. März 2023

Am 2. September 2021 wurde von Mario Senn (FDP), Sebastian Huber (SVP), Daniel Frei (FW) und Hanspeter Clesle (EVP) das Postulat betreffend "Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten" eingereicht. Ziel des Postulates ist die Schaffung der Transparenz über die Kosten der Verdichtung und die Einführung eines Instruments, mithilfe dessen überprüft werden kann, ob ein Verdichtungsprojekt für die Stadt Adliswil finanziell nachhaltig realisiert werden kann.

Der Stadtrat hat mit SRB 2022-345 vom 29. November 2022 Bericht erstattet. Der Stadtrat will künftig die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten auf die Stadt Adliswil in sachgerechter und verhältnismässiger Form dem Grossen Gemeinderat bei künftigen Sondernutzungsplanungen darlegen.

Der Rat hat über die Abschreibung des Postulats zu entscheiden. Gemäss Art 83 GeschO GGR kann der Rat alternativ vom Stadtrat einen Ergänzungsbericht verlangen oder eine abweichende Stellungnahme abgeben.

Sebastian Huber (SVP), Berichterstatter der Sachkommission

In seiner Antwort vom 29. November 2022 hat der Stadtrat seine Positionen zu den geforderten Punkten des Postulats dargelegt und beantragt mit Beschluss die Abschreibung des Postulats. Die Sachkommission hat das Postulat und die Beantwortung des Postulats durch den Stadtrat ausführlich diskutiert und geprüft.

Die Forderung der Postulanten zur Prüfung eines Instrumentes für die Kontrolle der finanziellen Auswirkungen bei Verdichtung durch Grossprojekte wurde vom Stadtrat in den jeweiligen Ressorts geprüft. Der Stadtrat hat in seiner Antwort versucht, die ressortbezogenen Auswirkungen und Planungsinstrumente in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen darzulegen. Der Antwort des Stadtrats ist zu entnehmen, dass sich die exakte Berechnung der Mehrkosten komplex gestaltet. So verweist dieser in seiner Antwort regelmässig darauf, dass man hierzu als Basis zur Berechnung der Mehrkosten sich auf vergangene Rechnungen und Berechnungen stützt. Dennoch erachtet es die Sachkommission als zentral, dass die Hochrechnungen für zukünftige Projekte nach Einzug der Bewohner überprüft werden und so die Erfahrungen für die zukünftigen Berechnungen einfließen können.

Die Sachkommission befindet die Antwort des Stadtrats insgesamt als ausgewogen und fundiert. In Bezug auf die konkrete Berechnung der Mehrkosten für den Steuerzahler bei Neubau- und Grossprojekten wünscht sich die Sachkommission auch für die Zukunft spezifische Kennzahlen bei jedem geplanten Projekt, damit diese Zahlen bei der Prüfung von Projekten, wie zum Beispiel dem Projekt Sihlmatten, in die Prüfung mit einfließen können.

Die Sachkommission dankt den Postulanten für die Fragestellungen und dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung und beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und das Postulat abzuschreiben.

Daniel Schneider (GP)

In ihrer Begründung monieren die Postulanten, dass in der politischen Betrachtung von Verdichtungsprojekten diesen zu wenig Beachtung geschenkt wird. Uns scheint dies Heimatschutz an falscher Stelle. Verdichtungsprojekte können nur über einen längeren Zeithorizont beurteilt werden. Zudem wird bei innerer Verdichtung bereits bestehende Infrastruktur allenfalls ausgebaut. Nennenswerte Kosten entstehen bei Siedlungserweiterungen. In der Regel übernimmt ja die Bauherrschaft sämtliche Kosten für die Feinerschliessung. Zudem bringt neue Infrastruktur auch einen Mehrwert für unsere Gemeinde. Ein neues Schulgebäude und andere öffentlichen Bauten stellen einen Wert an sich dar. Langfristige Investitionen können nun mal in einem Budget nur teilweise abgebildet werden. Wir finden das Postulat nicht zielführend. Kosten auf den einzelnen Mieter hinunterzuberechnen erachten wir als nicht zulässig. Meistens geht es ja nicht nur um Wohnungsmieter und Mieterinnen, sondern auch um Gewerbemieter. Es kann nicht sein, dass noch mehr Kosten auf die Mieter und Mieterinnen umgelegt werden können. Schliesslich sind schon heute die Gewinne von Immobilienunternehmen, gespeist aus überhöhten Mieten, nicht hinnehmbar. Die Grenze ist erreicht.

Vergessen wir nicht, das Recht auf Wohnen ist ein Verfassungsgrundsatz. Es passt nicht zusammen, das Mantra vom ewigen Wachstum, das fordert eben einen Tribut. Eine Form davon ist ein überhitzter Wohnungsmarkt, gespeist durch händeringend suchende Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Diese Art Wirtschaftswachstum ist ohne Zuwanderung illusorisch. Deshalb fordern wir Grünen seit Jahren ein nachhaltiges, massvolles Wachstum, das Rücksicht auf den Menschen und die Natur nimmt.

Vera Buchmann-Bach (FDP)

Das Postulat "Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten" ist ein Erfolg für das Parlament und den Erstunterzeichner, der heute ja nicht mehr zur Antwort seines jetzigen Gremiums Stellung nehmen kann.

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung dieses Postulats. Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung um sicherzustellen, dass wir verantwortungsbewusst mit den finanziellen Ressourcen unserer Stadt umgehen.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass es wichtig ist, dass die Kennzahlen zu jedem Projekt ungefragt geliefert werden. Denn diese Transparenz ist der Schlüssel, um sicherzustellen, dass wir unsere Finanzen im Griff haben. Auch für den Stadtrat sind diese Zahlen ja ein wichtiger Faktor, um vorgängig bereits mit dem Investor eine Diskussionsgrundlage zu haben. In der ersten Ausarbeitung solcher Zahlen ist der FDP-Fraktion bereits aufgefallen, dass die Kommunikation im Stadtrat und zwischen den Ressorts noch verbessert werden muss. Es wurde von einem Ressort Zahlen geliefert, die dann vom verantwortlichen Ressort Bau und Planung wieder so verändert wurden, dass das Projekt besser dastand. Hier besteht für die kommenden Grossbauprojekte Verbesserungspotenzial. Mithilfe der in der Bevölkerungsstatistik veröffentlichten Zahlen wäre es zum Beispiel mittlerweile auch möglich, Kennzahlen nicht anhand der Gesamtbevölkerung, sondern aufgrund von quartiersspezifischen Eigenheiten zu vergleichen und zu erarbeiten.

Uns ist klar, dass die gelieferten Zahlen nicht nur immer positiv ausfallen können und müssen. Wir werden in Zukunft Projekte an verschiedenen Lagen von Adliswil beurteilen müssen, welche auch unterschiedlichen Netto-Zahlen ergeben. Wenn diese Projekte sich im Schnitt im schwarzen Bereich bewegen, ist doch schon einiges getan. Wichtig ist uns hier wieder die Transparenz. Wir müssen realistische Zahlen haben, über die man dann fundiert diskutieren kann. Wir dürfen nicht vergessen, dass vor einigen Jahren Grossbauprojekte genehmigt wurden, bei denen man nun merkt, dass sie finanziell nicht nachhaltig sind. Jetzt wird wahrscheinlich gesagt, die FDP habe damals diesen Projekten auch zugestimmt. Ja, das stimmt. Wir haben den Projekten zugestimmt, wie alle anderen Parteien auch. Aber wichtig ist, was man aus den Fehlern macht. Wir haben gelernt und wir wollen Transparenz.

Ein letzter Punkt von der FDP-Fraktionsseite: wir erwarten, dass nach einigen Jahren (zum Beispiel nach 4 Jahren) geprüft und kommuniziert wird, wie genau die Zahlen gepasst haben. So können künftige Gestaltungspläne und Kennzahlen noch besser eingeordnet werden. Falls das nicht eigenständig erfolgt, wird die Fraktion einen Vorstoss dazu einreichen.

Xhelajdin Etemi (SP)

Die SP-Fraktion hat die Antwort des Stadtrats auf das Postulat von Ex-Gemeinderat Mario Senn, Sebastian Huber, Daniel Frei und Hanspeter Clesle sorgfältig geprüft

und diskutiert. Die SP-Fraktion begrüsst diese und findet die Berechnung der Zahlen nachvollziehbar und ausreichend ausführlich. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, bei der Planung von Grossprojekten auch an die Zukunft zu denken und zu berücksichtigen, wie sich diese auf die Stadt auswirken werden, insbesondere auch in Bezug auf die Schulraumplanung, die im Dietlimoss vernachlässigt wurde. Dennoch sollten Finanzen kein Hindernis für die Umsetzung eines Projekts sein. Es muss preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden können, einschliesslich Genossenschaftswohnungen, auch wenn die Berechnungen zeigen, dass es nicht kostendeckend sein wird. Die SP-Fraktion wird für die Abschreibung des Postulats stimmen.

Simon Schanz (Die Mitte)

Ich halte dieses Votum in Vertretung von Hanspeter Clesle (EVP), welcher sich heute kurzfristig entschuldigen musste.

Ziel des vorliegenden Vorstosses in Form eines Postulats ist es, dass der Stadtrat ein Instrument zur Darlegung der Transparenz über die Mehrkosten von Verdichtungen einrichtet, mit dem überprüft werden kann, ob ein Verdichtungsprojekt in unserer Stadt finanziell nachhaltig realisiert werden kann. In der stadträtlichen Antwort wird dieses Instrument treffend "Bericht zu den finanziellen Auswirkungen" genannt. Vorwegnehmend bedanken wir uns beim Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme zu diesem Postulat. Zur Beantwortung wurden sämtliche Ressorts hinzugezogen, was natürlich Sinn macht. Hohe bauliche Verdichtung, Ein-, Auf-, Umzonungen und Sondernutzungsplanungen bewirken in allen Ressorts direkte und indirekte Kosten, welche nun möglichst genau ausgewiesen werden sollen.

Bei grossen Verdichtungsprojekten erachten wir es als wichtig, dass diese etappenweise realisiert werden, so dass Kostensprünge vermieden werden und die Verträglichkeit für die Gesellschaft geschaffen wird. Die Mehrwertausgleichsleistung ist nur bedingt Bestandteil dieses Vorstosses, da es sich hierbei um einmalige Leistungen handelt und wenn, nur eingeschränkt nachhaltig wiederkehrende Kosten deckt. Zwingend aufgezeigt werden müssen die finanziellen Auswirkungen von "Sonderbauprojekten" im Vergleich zu der BZO-Regelbaunorm. Der Stadtrat erwähnt unter anderem in der Postulats-Beantwortung, dass beispielsweise der Entscheid für die Höhe der zusätzlichen Infrastrukturkosten einer Siedlungserweiterung abhängig ist, ob die bestehende Infrastruktur mitbenutzt werden kann, ohne, dass diese erweitert werden muss. Bei einer Mitbenutzung der bestehenden Infrastruktur ist es ratsam, genügend Reserven, Luft nach oben, zu berücksichtigen. Denn mehrere kleine Verdichtungen, wie es der bereits genehmigte private Gestaltungsplan Isengrund ist, ergeben ebenfalls ein grosses Verdichtungsvorhaben. Da gilt es, die Gesamtübersicht zu behalten, insbesondere im Hinblick auf die zahlreichen noch anstehenden Projekte.

Beim bereits erwähnten privaten Gestaltungsplan Isengrund hat der SR der vorberatenden Sachkommission bereits ein "Bericht zu den finanziellen Auswirkungen" zu Verfügung gestellt. Dieser ermöglichte, die Vorberatung seriös durchzuführen.

Die Mitte-GLP-EVP-Fraktion erwartet bei jeder verdichteten Siedlungserweiterung einen solchen Bericht.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1 Die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten auf die Stadt Adliswil wird in sachgerechter und verhältnismässiger Form dem Grossen Gemeinderat bei künftigen Sondernutzungsplanungen dargelegt.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2 Das Postulat von Mario Senn (FDP), Sebastian Huber (SVP), Daniel Frei (FW) und Hanspeter Clesle (EVP) vom 2. September 2021 betreffend "Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten" wird abgeschrieben.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Veröffentlichung von Dispositivziffer 2 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4 Mitteilung von Dispositivziffer 2 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Sie haben der Vorlage mit 33 Stimmen zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Das Postulat von Mario Senn (FDP), Sebastian Huber (SVP), Daniel Frei (FW) und Hanspeter Clesle (EVP) vom 2. September 2021 betreffend "Transparenz über die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten" wird als erledigt abgeschrieben.

Die finanziellen Auswirkungen der Verdichtung mit Grossprojekten auf die Stadt Adliswil werden in sachgerechter und verhältnismässiger Form dem Grossen Gemeinderat bei künftigen Sondernutzungsplanungen dargelegt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Teilrevision Gebührenverordnung (GebV) aufgrund Totalrevision Kantonales Bürgerrechtsgesetz (KBüG) (GGR-Nr. 2019-330)

Antrag des Stadtrats vom 24. Januar 2023 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 6. März 2023

Am 15. Mai 2022 wurde das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz (KBüG) in einer kantonalen Abstimmung von der Zürcher Bevölkerung angenommen. Das neue Gesetz führt bewährte Regeln der Zürcher Einbürgerungspraxis weiter und trägt zu einer einheitlichen Behandlung der Einbürgerungsgesuche im ganzen Kanton bei. Das Gesetz tritt voraussichtlich im Juli 2023 in Kraft. Mit der Einführung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes entfällt die Unterscheidung mit und ohne Anspruch von Einbürgerungsgesuchen. Eine geteilte Einbürgerungszuständigkeit, wie es die Stadt Adliswil mit dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat hat, ist nicht mehr zulässig. Die Gemeinden bezeichnen innerhalb einer Frist von vier Jahren ein Organ für die Entscheidung zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts. Der Grosse Gemeinderat hat für die Entscheidungsfindung eine Spezialkommission eingesetzt.

Mit Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 2. Juli 2022 wurden die Gebühren für die verschiedenen Einbürgerungsgesuche in der Gebührenverordnung (GebV) festgelegt. Für die Festsetzung der Gebühren gibt es keine Übergangsfrist.

Eintretensdebatte

Renata Vasella Billeter (SP), Präsidentin der Sachkommission

Das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz über das im Mai 2022 abgestimmt wurde, wird per 1. Juli 2023 in Kraft treten. Dadurch wird es hier in Adliswil zu verschiedenen Anpassungen am bisherigen Einbürgerungsprozess kommen.

Einige der Änderungen treten sofort in Kraft; für andere Anpassungen, wie zum Beispiel die Benennung des zuständigen Organs, um welche sich eine Spezialkommission kümmert, haben wir mehr Zeit.

Was wir heute neu bestimmen müssen, ist die Gebührenordnung. Dabei gilt es verschiedene Bedingungen aus dem kantonalen Gesetz zu berücksichtigen. Per 1. Juli wird die Unterscheidung zwischen Gesuchstellern mit Anspruch und ohne Anspruch aufgehoben, was dazu führt, dass ab diesem Zeitpunkt alle Gesuche abschliessend durch den Gemeinderat beschlossen werden müssen und alle die gleiche Gebühr zu entrichten haben. Zudem werden Personen, die das Gesuch vor den 20. Altersjahr eingereicht haben, keine Gebühr und jene, die noch nicht 25 Jahre alt sind, nur die halbe Gebühr entrichten müssen. Dies gilt es bei der Berechnung der Gebühr zu berücksichtigen.

Wir haben dieses Geschäft in der Sachkommission mit dem Stadtpräsidenten, Farid Zeroual, und dem Präsidenten der Spezialkommission, Marcial Jacoma, besprochen und diskutiert. Ich sage bewusst nicht 'ausführlich' diskutiert, da uns durch die Vorgaben im kantonalen Gesetz hier nicht viel Handlungsspielraum bleibt.

Da die Gebühren maximal kostendeckend sein dürfen, konnten wir einzig darüber diskutieren, ob die Gebühren tiefer, (also nicht kostendeckend) angesetzt werden sollten. Das jetzt zu diskutieren, ist aber nicht sinnvoll, da 1. diese Diskussion erst vor einem Jahr bei der letzten Anpassung geführt worden ist und 2. in der Zukunft nur noch ein Organ für die Entscheidung zur Erteilung des Gemeindebürgerrechts zuständig sein darf. Wenn dieser Entscheid gefallen ist, müssen die Kosten sowieso neu beurteilt werden und eine allfällige Diskussion kann dann stattfinden.

Für die Sachkommission waren die Berechnungen des Stadtrats, welche auf den Finanzzahlen aus der Jahresrechnung 2021 und den Kennzahlen aus 2022 beruhen, schlüssig und der Antrag, die Gebühren deshalb auf 1'000 Franken für eine Einzelperson und auf 1'500 Franken für Familien festzusetzen, nachvollziehbar.

Die Sachkommission empfiehlt deshalb mit 8:1 Stimmen die Vorlage des Stadtrats anzunehmen.

Urs Weyermann (SVP)

Ich habe das Gefühl, das Schweizer Bürgerrecht ist im Ausverkauf. Wenn ich vom Staat offiziell etwas haben muss, wird alles viel teurer. Nur das Bürgerrecht wird immer billiger. Sehe ich das falsch? Also, wenn sich jemand einbürgern will, kostet ihn das 1'000 Franken. Eine Einbürgerung ist also nichts wert. Ich stelle mir vor, es könnte Parteien geben, die fürs Einbürgern noch Geld geben wollen. Ich finde, eine Einzelperson soll 3'000 und eine Familie 5'000 Franken bezahlen. Man könnte es ja sogar nach Einkommen abstufen. Gutverdienende könnten auch mehr bezahlen. Dann hat auch der Staat von den Mehreinnahmen etwas davon.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1: Die Gebührenverordnung vom 1. November 2017 wird wie folgt geändert:

Art. 30 Ausländerinnen und Ausländer

¹ Für Bewerberinnen und Bewerber beträgt die Gebühr für das Gemeindebürgerrecht pro Einzelperson 1'000 Franken. Für Ehepaare, eingetragene Partner/innen oder Familien beträgt die Gebühr 1'500 Franken.

² wird aufgehoben.

Art. 31 Gemeinsame Bestimmungen

¹ wird aufgehoben.

² wird aufgehoben.

³⁻⁴ unverändert.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2 Diese Teilrevision der Gebührenverordnung untersteht dem fakultativen Referendum.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Der Beleuchtende Bericht wird im Falle einer Urnenabstimmung vom Stadtrat verfasst. Die Minderheitsmeinung des Grossen Gemeinderats wird vom Büro des Grossen Gemeinderats verfasst.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4 Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 5 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 6 Mitteilung von Dispositivziffer 1 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung**:

Sie haben der Vorlage mit 28 Stimmen zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Damit haben Sie die Teilrevision Gebührenverordnung genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeiten in den Jahren 2022-2023 (GGR-Nr. 2022-439)

Renato Jacomet (SVP), Präsident der Geschäftsprüfungskommission

Rechtsgrundlage:

Laut Art. 28quater der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats heisst es: "Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) erstattet dem Rat einmal jährlich einen schriftlichen Bericht über Ihre Tätigkeit im Rahmen der Oberaufsicht. Dieser Bericht wird vom Rat zur Kenntnis genommen."

Einleitung:

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet im Votum auf die Zusammenfassung der abgeschlossenen Berichte. Wir gehen davon aus, dass alle Mitglieder im Rat die Berichte gesichtet und gelesen haben. Auch wir in der Geschäftsprüfungskommission wurden, wie im richtigen Berufsleben und wie in fast allen Unternehmen, von einigen personellen Veränderungen überrascht. Dennoch haben alle GPK-Mitglieder immer sehr kompetent und sehr gut zusammengearbeitet. Herzlichen Dank an alle GPK-Mitglieder.

Die Geschäftsprüfungskommission begrüsst es sehr, wenn sie das ganze Jahr hindurch Unterstützung oder Hinweise bekommt und Anregungen oder Verbesserungsvorschläge an uns gelangen. Wenn die Geschäftsprüfungskommission aufgefordert wird, aktiv zu werden, wünschen wir uns mindestens ein E-Mail an ein GPK-

Mitglied zu bekommen, in welchem Personen genannt und die Fakten kurz beschrieben werden. Ohne diese Aufforderung wird es schwierig für die Geschäftsprüfungskommission, aktiv zu werden. Dies entspricht den Vorgaben aller Behörden und Kommissionen. Die Geschäftsprüfungskommission wird dann dieses Thema vertraulich abhandeln, weiteres Vorgehen besprechen und in einem internen Protokoll beschreiben.

Nun zum Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommission an den Grossen Gemeinderat über die Tätigkeiten im Rahmen der Oberaufsicht im Jahr 2022/2023 und deren Form. Im Überblick finden Sie die Themen zur Kommissionsarbeit mit den Zwischenberichten und den abgeschlossenen Berichten der Oberaufsicht. Im Status der Prüfungen per März 2023 finden Sie die Anzahl und den Stand der Prüfungen und deren Berichte. Weiter ist eine kurze Übersicht zu den Prüfungsergebnissen aufgeführt.

Nun zu den Informationen aus der Geschäftsprüfungskommission zu den laufenden Themen.

Pensionskasse der Stadt Adliswil:

Das Thema Pensionskasse der Stadt Adliswil war schon seit geraumer Zeit auf der Traktandenliste der Geschäftsprüfungskommission. Die Geschäftsprüfungskommission kann nun mit dem Informationsbericht "Pensionskasse der Stadt Adliswil" dieses Thema abschliessen. Die Pensionskasse der Stadt Adliswil hat sich per 1.1.2023 der BVK-Personalvorsorge angeschlossen. Die BVK ist eine der grössten öffentlichen Pensionskassen der Schweiz und verwaltet die zweite Säule für die Angestellten des Kantons Zürich, sowie für die meisten Gemeinden des Kantons. Die Geschäftsprüfungskommission begrüsst den Stadtratsbeschluss und die Form der Umsetzung und teilt die Ansicht des Stadtrats, dass eine gute Lösung für alle Beteiligten gefunden werden konnte. Die Geschäftsprüfungskommission schliesst ihre Prüfung hiermit ab, resp. beschränkt sich vorläufig darauf, den Deckungsgrad der BVK periodisch zu überprüfen.

Versicherungsverträge Info Stadtrat

Aus dem GPK-Prüfbericht vom 20. Dezember 2021 ging hervor, dass die Geschäftsprüfungskommission dieses Thema in einem Jahr wiederaufnimmt und wenn nötig, auch wieder aktiv wird. Der Stadtrat plant die Leistungen des Versicherungsbrokers ab Ende 2023 wieder selbst auszuführen. Somit entfällt die Notwendigkeit für einen "Beauty-Contest", also eine Ausschreibung der Broker-Dienstleistung. Es geht jetzt nur noch um die Versicherungsverträge: Einzelne Jahresprämien sind sehr gross und die Vertragsdauer oft mehrjährig und somit fallen diese Verträge unter die Submissionsverordnung: z.B. UVG, obligatorische Krankentaggeld (Kollektiv). Die Geschäftsprüfungskommission geht davon aus, dass die Versicherungsverträge von der Verwaltung ordnungsgemäss ausgeschrieben werden.

Information zum Thema Vertragswesen der Stadtverwaltung Adliswil

Neu hat die Geschäftsprüfungskommission eine weitere Prüfung des gesamten Vertragswesens der Stadtverwaltung aufgenommen. Hier werden Organisation, Vorgehensweise, IT, CMI-Tool, Abläufe und Verantwortlichkeiten geprüft. Hierzu wird nach Abschluss der Prüfung ein GPK-Prüfbericht verfasst.

Cyberisiken und Informationssicherheit

Da das Thema Cyber-Security sehr aktuell ist, wird die Geschäftsprüfungskommission unter dem Titel "Cyberisiken und Informationssicherheit" sich weiterhin mit dieser Thematik auseinandersetzen. Die Geschäftsprüfungskommission wird nun weiter die diversen Schnittstellen und Verantwortlichkeiten zwischen externem Anbieter (OBT) und der Stadtverwaltung sowie den Umgang mit heiklen Daten innerhalb der Stadtverwaltung, Weisungen, Ausbildungen, Schulungen von Mitarbeitern und Zugriffsberechtigungen auf Software und Daten von aussen (für Mitarbeiter), überprüfen.

IKS-Finzen; Fehlerhinweis

Unter unserem Sitzungstraktandum "Ärger über Steueramt Adliswil" wurde diese Angelegenheit vertraulich besprochen, diskret abgehandelt und in einem internen Protokoll abgefasst. Die Geschäftsprüfungskommission ist einem Hinweis auf einen Vorfall in den IKS-Finzen nachgegangen, welcher zu Anpassungen im Ablauf geführt hat. Für die Stadt Adliswil bestand zu keinem Zeitpunkt ein rechtliches Risiko, noch hatte die Angelegenheit finanzielle Konsequenzen. Durch den Vorfall konnten jedoch die internen Abläufe und Prozesse verbessert werden.

Ich komme zum Schluss:

Wie arbeitet die Geschäftsprüfungskommission laufend weiter? Wir arbeiten nach unserem Leitfaden, worauf wir sehr genau auf die Gewaltentrennung achten. Wir arbeiten weiter mit unserem internen Risikomanagement. Wir behandeln zugewiesene Geschäfte, aktuell: Legislaturplan 2022–2026, Ziele und Meilensteine des Stadtrats in der Amtsperiode 2022 bis 2026.

Zugetragene Hinweise werden nach Prioritäten und Dringlichkeiten laufend bearbeitet. Herzlichen Dank allen Geschäftsprüfungskommissionsmitgliedern für Ihre engagierte Arbeit. Ich wünsche allen beste Gesundheit, alles Gute und weiterhin viel Erfolg. Herzlichen Dank dem Stadtrat, Stadtschreiber und der Verwaltung für den offenen, ehrlichen Austausch, die sehr gute Zusammenarbeit und, dass unsere Arbeit immer ernst genommen wird. Vielen Dank.

Rolf Schweizer (FDP)

Vorab einen herzlichen Dank an die Geschäftsprüfungskommission für die ausgezeichnete Arbeit. Einen Punkt zum Thema "Pensionskassenwechsel" möchten wir von der FDP-Fraktion aufgreifen. Es ist erfreulich zu hören, dass in der Stadtverwaltung durch den Wechsel der Pensionskasse Kapazitäten bei der Ressortleitung Finanzen freigesetzt wurden. Um wie viele Stellenprozente es sich handelt, wurde im Bericht nicht erwähnt.

Zum Thema Versicherungsbroker erstaunt jedoch, dass der Stadtrat beabsichtigt, diese Leistungen selber zu erbringen und dafür die beim Pensionskassenwechsel freigesetzten, internen Ressourcen einzusetzen. Es ist erstaunlich, dass diese Spezialkenntnisse bereits vorhanden sind in unserer Behörde und wir hoffen, dass die nötigen Qualifikationen, um Versicherungsbrokersgeschäfte gut zu erfüllen, genügend gewichtet wurden und nicht die Beschäftigung freier internen Ressourcen im Vordergrund stand. Wir bitten deshalb die Geschäftsprüfungskommission, künftig ein Auge auf die Art der Vergabe der Versicherungsverträge zu werfen.

Die Geschäftsprüfungskommission erkennt keine wesentlichen Probleme bei der Stadtverwaltung, die Ampeln im Bericht für 2022 sind auf grün gesetzt. Dennoch bleibt es wichtig, dass wir als Parlament unsere Oberaufsichtsfunktion wahrnehmen. Das gehört zu einer modernen Governance und Compliance. Wir fordern die Geschäftsprüfungskommission auf, nicht nachzulassen. Es geht um einen sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern.

Stadträtin Karin Fein

Ich würde gerne Stellung nehmen, hinsichtlich der Rochade, welche sich ergibt aufgrund der Tatsache, dass der bisherige Geschäftsführer der Pensionskasse, der Leiter des Ressorts Finanzen der Stadt Adliswil, tatsächlich neue Kapazitäten von etwa 10% haben wird, welche in etwa die Tätigkeit des Brokers in Anspruch genommen hat. Es ist so, dass er das schon früher sehr gut gemacht hat für die Stadt, als mein VorVorVorVorVorVorgänger, also der Ressortleiter ist schon sehr lange bei der Stadt. Er hat auch eng zusammengearbeitet mit dem bisherigen Broker und er ist fachlich sehr wohl in der Lage, dies zu machen. Sollten wir feststellen, dass das unseren Anforderungen nicht genügt, würden wir dieses Mandat selbstverständlich wieder ausschreiben.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Mit der Diskussion über den Bericht der Geschäftsprüfungskommission über ihre Tätigkeit im Jahr 2022 wurde dieser zur Kenntnis genommen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Anschluss des Quartiers Sonnenberg an den öffentlichen Verkehr (GGR-Nr. 2022-84)

Postulat von Kannathasan Muthuthamby (SP) und Sait Acar (SP) vom 14. Dezember 2022

Die Postulanten wollen vom Stadtrat wissen, welche Auswirkungen eine Verlängerung der Buslinie 184 bis zum Büchel für andere Anschlüsse hat und wie es sich mit den Kosten verhält.

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 7. März 2023 die Ablehnung des Postulats. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung des Postulats zu entscheiden.

Kannathasan Muthuthamby (SP)

Das Sonnenbergquartier kämpft seit mehr als 20 Jahren. Aber unser Stadtrat hat immer wieder entweder abgelehnt oder verschoben, egal, ob links oder rechts im Stadtrat. Nur letztes Mal war eine Ausnahme, der Gemeinderat hat es abgelehnt. Er fand es sei zu teuer. Dann haben wir günstige Varianten vorgeschlagen und ich hoffte, dass der Stadtrat unseren Vorschlag unterstützt. Ich habe im Sinn, dass Markus Bürgi und Mario Senn, beide FDP, im 2006 den gleichen Vorschlag gemacht haben und zwei linke Stadträte sie unterstützt hätten. Dann haben letztes Jahr die

Freien Wähler den gleichen Vorstoss gemacht und Karin Fein unterstützte diesen auch und trotzdem wurde er jetzt abgelehnt.

Ich sehe einen Fehler des ehemaligen und des jetzigen Stadtrats, nämlich schon in den 70er-Jahren, als dieses Quartier geplant wurde, hat man nicht entschieden, wieviel öffentlichen Verkehr ein solches Quartier braucht. 1984 kommt zwar eine Bus-Linie nach Adliswil, aber auch damals hat unser Stadtrat nicht richtig reagiert. Jetzt ist es so, dass die SZU und der heutige Stadtrat entschieden haben, den Bus bis zum Tierpark Langenberg weiterzuführen, aber immer noch nicht in unser Quartier, wir haben immer noch keinen Bus. Der Stadtrat sollte nicht nur wirtschaftlich entscheiden, sondern auch fürs Quartier. Der Stadtrat hat 10 Millionen für Sportanlagen, aber für unser Quartier gibt es keinen Bus.

Eine kleine Geschichte: Ich habe einen Kollegen, einen Japaner, den ich vor 30 Jahren kennengelernt habe, und vor zwei Wochen haben wir uns wieder getroffen. Wir haben uns unterhalten und uns entschieden, dass wir bei mir Zuhause weiterdiskutieren werden. Er hat mir erzählt, dass er in den 90er-Jahren von einem kleinen Dorf in Japan mit der Bahn gependelt ist. Irgendwann wollte man sie einstellen, weil sie zu wenig genutzt wurde. Doch man hat beobachtet, dass ein Mädchen diese Bahn jeden Morgen und jeden Abend benutzt, um die Schule zu besuchen. Also haben sie beschlossen, dass die Bahn bis zum Ende ihrer Ausbildung weiterfahren wird. Diese haben für eine Person geschaut, aber für unser ganzes Quartier wird hier nicht geschaut.

Im Sonnenberg gibt es nicht nur ältere Leute, sondern auch Jugendliche und junge Familien. Soll einmal einer unserer Gemeinderäte probieren, einen Kinderwagen samt dem Einkauf die Strasse hinaufzustossen. Wir haben vier Kantonsräte und sieben Stadträte, ich weiss nicht, was die machen. Unsere Stadt liegt auch im Kanton Zürich. Wir mussten um einen Fussgängerstreifen an der Albisstrasse, um eine Ampel streiten, ich weiss nicht, wie sie das geschafft haben. Schauen wir uns Thalwil an, mit 18'000 Einwohnern. Dort gibt es einen ÖV, wo man in jede Ecke fahren kann. Ebenfalls in Wädenswil. Wir haben mehr als 19'000 und das Quartier Sonnenberg ist nicht erschlossen. Wir bezahlen so viel für ZVV und SZU und unser Vorschlag war günstig und trotzdem wurde er vom Stadtrat nicht vertreten. Der Stadtrat muss zusammenhalten, zusammenarbeiten, um etwas zu erreichen. Meiner Meinung nach macht er zu wenig Druck, dass wir in 20 Jahren noch nichts erreicht haben. Da muss man doch eine Lösung finden. Aber wenn die Linke einen Vorstoss macht, lehnen die Rechten ab, wenn die Rechten einen machen, lehnen die Linken ab. Ist es nicht so? Bitte lasst uns zusammenarbeiten für dieses Quartier. Ich wohne nicht dort, aber seit 20 Jahren kämpft dieses Quartier nun schon, da müssen wir doch zusammen etwas erreichen! Die Zeitung schreibt darüber und nach ein, zwei Wochen ist es wieder vergessen. Und natürlich müssen wir uns nicht nur im Sonnenbergquartier für den ÖV einsetzen, sondern in der ganzen Stadt.

Ich bitte alle Fraktionen zu überlegen, wie wir dem Stadtrat Druck machen können. Es braucht Druck auf den Stadtrat, denn, Entschuldigung, diese Sache ist Aufgabe des Stadtrats. Schön wäre es, wenn auf Fahrplanwechsel 2024 etwas passieren würde, wir könnten zum Beispiel vorher eine Initiative starten, dann soll das Volk entscheiden. Ich hoffe, die Fraktionen unterstützen uns, und dann soll das Volk entscheiden.

Sebastian Huber (SVP)

Ich glaube, dass wir für Adliswil schauen müssen. Auch der Stadtrat schaut nach bestem Wissen und Gewissen für die Stadt Adliswil. In diesem Fall ist es so, dass das Thema Busse, sowohl mit der Linie 151 als auch 153, bereits schon einmal geprüft wurde. Und damals haben wir ja von unserer Seite schon kritisiert, dass vor allem der Pilotversuch massiv teuer ist. Das schenkt ein. Wo ich Dir recht gebe ist, dass es schon eine Luxuslösung ist, wenn man 10 Millionen Franken zur Verfügung hat, um sich umzuziehen, wenn man gleichzeitig kurz vorher die Steuern erhöht hat. Aber dieses Thema werden wir dann sicher auch noch im Rat besprechen. In Bezug auf die Busse können wir das Bedürfnis nach Mobilität in der heutigen Zeit verstehen. Es würde jeder am liebsten vor seiner Haustüre eine Busstation haben, damit er einsteigen kann, um mit dem Bus ins Geschäft zu fahren. Doch man kann auch zu Fuss mobil sein. Ich kann mich erinnern, dass einmal die Rede war von einer E-Rikscha. Das kam dann ja knapp nicht durch, aber man kann ja auch auf individuelle Mobilität zurückgreifen. Auch muss die Mobilität nicht immer vom Staat zur Verfügung gestellt werden. Ich finde zum Beispiel das Car-Sharing super. Das heisst, wenn jemand in diesem Gebiet wohnt und wirklich darauf angewiesen ist, dann kann er sich organisieren, was vor 10, 15 Jahren sicher noch schwierig war, aber mit der Digitalisierung kann man sich heute online gut vernetzen und es gibt viele Möglichkeiten, die Mobilität durch Eigenverantwortung zu organisieren. Wir plädieren für das. Und wenn Du sagst, das Volk soll darüber abstimmen, da sind wir einverstanden. Die SVP ist immer einverstanden, wenn das Volk das letzte Wort hat. Die SVP liegt nicht immer richtig, manchmal sagt das Volk etwas Anderes, das ist Demokratie. Wenn es Euch ernst ist mit dem Thema, dann macht eine Volksinitiative und dann soll das Volk darüber abstimmen. Dann hat das Volk auch den Auftrag gegeben, dass das Steuersubstrat dafür verwendet wird, und dann ist es demokratisch legitimiert. Wenn wir es über diesen Weg machen, können wir nicht zustimmen.

Bernie Corrodi (FW)

Die SP hat das Zeichen der Zeit richtig erkannt und sich für eine Verbesserung der Buslinien eingesetzt. Besten Dank den Initianten. Leider wurden diese Verbesserungsbemühungen einmal mehr vom Stadtrat versenkt. Es ist offenkundig, dass er die Entscheide nicht mit Blick auf die Bewohner gefällt hat, sondern es wurden technologische Hindernisse ins Feld geführt, die fernab in den ZVV konstruiert wurden. Wenn es ums Thema ÖV geht, werden Fahrpläne, Versorgungs- beziehungsweise Erschliessungszahlen, bauliche Infrastrukturen und angeblich nicht machbare Streckenführungen ins Feld geführt. Dabei entwickelt unsere Wirtschaft immer wieder neue Formen, einerseits betriebsbereite, erprobte Apps, die man zum Abruf von Dienstleistungen verwenden kann, oder andererseits Autos, Fahrzeuge, Elektrobusse, so zum Beispiel die Marke Karsan e-JEST, in Italien erfunden und in der Türkei gebaut, nur 5,80 Meter lang, einen Meter länger als ein VW Sharan und es haben 22 Personen darin Platz. Erst noch haben sie niedere Einstiegsanten, damit Rollstühle und Kinderwagen mitgeführt werden können. Man sollte die wissenschaftliche, industrielle Forschung ein wenig genauer anschauen im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner, für Jung und Alt.

In Celerina im Kanton Graubünden verkehren die erwähnten Kleinbusse im Winter, wenn es kalt ist, zur vollen Zufriedenheit aller dort Wohnenden. Ihre Haltestelle ist einfach ein Pfahl am Strassenrand. Steht jemand da, wir angehalten, sonst wird weitergefahren. Man kann es simpel einfach machen.

Ich stelle fest, es gibt in Adliswil keine eigenständige, ökologische und ökonomische Verkehrspolitik. Unser Stadtrat hat für den ÖV keine Gesamtschau bereit, zumindest kommuniziert er diese nicht, vermutlich traut er dem Gemeinderat die Urteilsfähigkeit nicht zu, eine solche anzuschauen.

Als wir Freien Wähler einen Vorstoss für eine Verbesserung der Buslinien 151 und 153 machten, wurde uns erklärt, dass die Buslinie zum Wildpark frühestens 2028 käme. Nun stellen wir fest, dass diese Fahrverlängerung in den Wildpark schon auf den nächsten Fahrplanwechsel kommt. Letztes Jahr noch argumentierte man, dass die Buslinie jetzt schon enge Fahrzeiten hätte, dass da keine Luft für eine andere Streckenführung wäre. Aber jetzt geht es plötzlich, funktioniert es. Für ein paar Steinböcke und Ochsen wird die Buslinie verlängert. Die Pendler, Hausfrauen, Rentner und Schüler haben das Nachsehen. Vor diesem Hintergrund ist es zynisch zu zitieren, dass das Sonnenbergquartier erschlossen wäre.

Auch der finanzielle Aspekt wurde zu unserem Vorstoss ins Feld geführt, um ihn dann abzuweisen. Aber nun hat man plötzlich jährlich wiederkehrende 150'000 Franken gesprochen, für eine Fahrstrecke ins Grüne hinaus – und nur am Wochenende - zu einem Stadtzürcher Tourismusziel, von dem wir Adliswiler nichts haben, ausser den Kosten.

Silvia Hebling (FDP)

Alle Jahre wieder. Das haben wir uns gedacht, als wir diesen Vorstoss diskutiert haben. Vor nicht ganz zwei Jahren haben wir schon einmal darüber diskutiert und es war jetzt interessant zu hören, welche Argumente und Vergleiche ins Feld geführt wurden. Ich denke, wir müssen uns bewusst werden - was der Stadtrat sicher auch sehr genau und gewissenhaft gemacht hat - wer genau betroffen ist und für was setzen wir die Steuergelder insgesamt ein.

Einen weiteren Punkt gibt es anzuschauen, es ist der Fakt, dass Adliswil als Agglomerationsgemeinde natürlich sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist. Es ist klar, mit einer solchen Erschliessung haben viele Bewohnerinnen und Bewohner von Adliswil einen grossen Vorteil durch diese Vernetzung ins Zentrum. Dem gegenüber wird eine Teilerschliessung, wie es im Sonnenbergquartier gefordert wird, sehr schwierig, wenn man diese Vernetzung anschaut und die Anschlüsse sicherstellen sollte, wie ja auch vom Stadtrat so ausgeführt wurde. Zusätzlich wurden auch die Kosten ins Feld geführt, was ebenfalls vom Stadtrat gut und klar dargelegt wurde. Wir haben gesehen, wenn es um Kosten geht, muss man schauen, in welcher Grössenordnung bewegt man sich und wer profitiert davon. Es geht hier aber nicht um Wirtschaftlichkeit oder um Kosten, sondern wir bewegen uns in einem Netz der ZVV, welcher diese neue Linie (zum Wildpark) als eine Neuerschliessung taxiert. Diese Neuerschliessung wird natürlich basiert auf den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Nachfrageschätzung, Betriebskosten und Grad der Eigenwirtschaftlichkeit beurteilt. So ist klar, dass für das Quartier Sonnenberg keine Grundlagen gegeben sind und darum die Eigenkosten für die Stadt Adliswil enorm wären.

Wir von der FDP-Fraktion sind auch der Meinung, dass das Postulat zum falschen Zeitpunkt kommt, denn wir wissen, dass mit der Fahrplanänderung der SZU auf den verkürzten Taktfahrplan eine Neuüberarbeitung des Busnetzes sowieso ansteht und dann das das Quartier und ihre Erschliessung sehr genau untersucht werden. Wir

sind uns bewusst, dass mit der entsprechenden Planung erst im Jahr 2025 begonnen werden kann. Darum hat der Stadtrat bei der Verlängerung zum Wildpark zugestimmt, weil auf dieser Strecke viel mehr Leute davon profitieren können.

Aus all diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion das Postulat daher ab.

Angela Broggini (GP)

Die Diskussion um den Ausbau des ÖV-Netzes wird schon sehr lange für verschiedene Orte in Adliswil geführt. Es geht ja nicht nur um das Quartier Sonnenberg, denn schon seit Jahren fordern Anwohner verschiedener Quartiere eine bessere Erschliessung und es kamen schon von verschiedenen Seiten Vorstösse. Ich teile die Ansicht, dass bei der Behandlung dieser Thematik die zielführenden Massnahmen mehrheitlich ausbleiben. Man überlegt, plant und diskutiert viel, das Vorhaben wird dann vertagt auf den nächsten Fahrplanwechsel und auf Jahre hinausgeschoben auf einen unbestimmten Zeitpunkt, an dem das Thema wieder genauer angeschaut werden soll.

Ich denke einfach, dass sich die Quartiere weiterentwickeln und sich die Bevölkerung verändert, sodass der ÖV immer ein wenig hinterherhinkt. Wir sollten vielleicht etwas zeitnaher ÖV-Lösungen anbieten für die Bevölkerung. Ich habe mich auch gewundert, dass die Verlängerung der Buslinie in den Tierpark plötzlich funktionierte. Wenn wir möchten, dass die Leute den ÖV benützen, muss dieser auch attraktiv in seinem Angebot sein, sonst steigt am Ende doch wieder jeder ins Auto, was wir von unserer Seite her nicht wollen.

Wir möchten den Stadtrat bitten, diese Buslinien-, resp. ÖV-Themen auf die Prioritätenliste ganz oben drauf zu setzen.

Walter Uebersax (Die Mitte)

Es geht nicht um die Verlängerung der Buslinie 184, sondern um den Anschluss des Quartiers Sonnenberg an den ÖV. Einmal mehr befasste sich der Stadtrat mit der Anbindung des Quartiers Sonnenberg an den öffentlichen Verkehr. Einmal mehr werden Steuergelder aufgewendet und Verwaltungsapparate bemüht. Dabei schreibt der Postulant in stoischer Hartnäckigkeit erneut das ab, was der Stadtrat bereits beantwortet und der GGR verworfen hat, zwar aus Kostengründen, was vernünftig war. Für uns in der Mitte-GLP-EVP-Fraktion mutet das wie Zwängerei an. Wird das Postulat überwiesen, ist nämlich der Stadtrat gezwungen, das ganze nochmals aufzunehmen.

Die Fragen, die im Postulat formuliert sind, wurden ausgiebig beantwortet. Also was soll das? Damals wurden Lösungen vorgeschlagen, welche halt mit etwas Geduld verbunden sind, aber eine ganzheitliche Sichtweise beinhalten. Auch heute appelliert der Stadtrat in seiner Stellungnahme wieder genau an diese Geduld.

Was ist das Nächste? Eine parlamentarische Initiative, eine Volksinitiative? Eine Volksabstimmung?

Das alles nur, um gewisse partikulare Interessen zu befriedigen, sich dem Blick aber auf das Grosse und Ganze zu verschliessen. Es ist absolut nicht so, dass das Quartier Sonnenberg das einzige Quartier ist, das nicht durch den öffentlichen Verkehr total erschlossen ist. Das hat der Stadtrat erkannt und auch Lösungen für andere betroffene Quartiere aufgezeigt. Auch ich wohne in solch einem Quartier, aber es

käme mir nie in den Sinn, meine Partikularinteressen hierhin zu bringen, denn ich habe ein gewisses Vertrauen in den Stadtrat und vor allem habe ich Geduld.

Die Mitte-GLP-EVP-Fraktion lehnt dieses Postulat entschieden ab und appelliert an die Vernunft, keine Insellösungen anzustreben, sondern viel mehr Hand in Hand mit ZVV und SZU die zukünftig angestrebte Lösung zu realisieren.

Kannathasan Muthuthamby (SP)

Ich habe keine eigenen Interessen, ich wohne auch nicht hier, aber ich sehe, dass wir hier seit 20 Jahren angeschmiert werden. Seit 20 Jahren heisst es Geduld, Geduld. Wie lange noch? Bitte sagt mir eine Grenze, noch 10 Jahre warten, nochmals 20 Jahre warten oder noch 50 warten? Jetzt ist fertig gewartet.

Esen Yilmaz (SP)

Auch ich wollte nichts sagen, tue es jetzt aber trotzdem. Wenn alles, was wir beschliessen, nach der Kostenfrage getroffen werden würde, dann dürften wir die gebundenen Kosten nicht akzeptieren. Es gibt so viele Investitionen, die wir im Wissen, dass sie zu teuer sind, weil nicht alle Bewohner erreichbar, trotzdem verabschiedet wurden. Wir haben uns lange gestritten, ob wir das Hallenbad sanieren sollen oder nicht, es war eine sehr, sehr lange und intensive Diskussion mit Begehungen und einem langen, langen Prozess, aber wir haben es trotzdem gemacht. Obwohl es nicht für alle war; es eine Kostenfrage war, hatte genau das Parlament das verabschiedet.

Bedarf, Bedürfnisse, Regulationen, Gesetze und Vorschriften sind – genau - meistens kostenpflichtig, nicht kostenlos. Garderoben zum Umziehen sollen 10 Millionen kosten, da kann ich nur lachen. Steuergelder für nur ein paar wenige zu verwenden, soll nicht gehen? Das heisst, jeder Franken, den wir ausgeben wollen, sollte zu 100% von allen genutzt werden, alle sollen zu 100% von jedem Franken profitieren können? Das geht gar nicht, das ist unsinnig, wir geben auch Gelder aus, von denen nicht 100% der Bevölkerung profitiert.

Wirtschaftlichkeit, von der die Rede war, war immer aus der Sicht der ZVV. Also die Berechnungen, die Antworten und die Prüfungen waren immer aus der Sicht der ZVV, das dürfen wir nicht vergessen. Zulasten der Adliswiler Bevölkerung, wohlverstanden. Warum gibt es nicht eine verkürzte Laufzeit von drei Jahren oder eine kostengünstigere Variante oder einen anderen Lösungsvorschlag ausserhalb der ZVV-Berechnungen.

Ich vertraue dem Stadtrat auch, ich glaube auch, dass sie das richtig machen. Aber hier sind nicht Partikularinteressen gefragt, hier haben wir die Berechnung der ZVV eins zu eins übernommen und so weitergegeben. Man sagte, es geht nicht mit Zebrastrassen an der Albisstrasse, es geht nicht mit der Ampel, die wir haben müssen, es wurde gesagt, eine 30er-Zone ist nicht möglich. Unter welcher Aussage hat man sich versteckt: Es geht nicht, weil es eine Kantonsstrasse ist und wir keinen Einfluss haben. Und doch geht es plötzlich. Da kann ich nur den Kopf schütteln.

Geduld forderte der Stadtrat wie auch mein Kollege vom Rat, aber er hat ein Auto und ist mobil. Aber die, die kein Auto haben, brauchen eine andere Variante, nämlich den ÖV. Es gibt auch solche, die nicht laufen können. Geduld sagt der Stadtrat beim "Sunne-Saal", irgendwann gibt es einen Ersatz. Ich weiss nicht, wie lange das her

ist, 10 Jahre, 15, 20 Jahre? Oder 40 Jahre? Also, irgendwann müssen wir anfangen, sonst geht gar nichts.

Bernie Corrodi (FW)

Vielen Dank für die Auslegeordnung. Ja, es kostet Geld. Aber nein, wir können auch Einnahmen generieren, indem der Bus fährt, die Leute ihn benutzen und ja, das deckt die Kosten allerdings nicht, aber das haben wir auch nie behauptet. Gemeinschaft muss auch etwas in die Gemeinschaft hineingeben. Es beginnt mit der Geburt und geht bis zum Tod, überall entstehen Kosten und überall zahlt die Gemeinschaft mit. Ich finde die Verlängerung Wildpark nicht nötig, man kann auch zu Fuss gehen, denn es ist nicht mehr weit vom Büchel bis dorthin. Laufen ist gesund. Auch etwas zur Geduld: ich habe Vertrauen zum Stadtrat, aber ich habe eigentlich keine Geduld mehr. Ich bin jetzt seit 10 Jahren in diesem Rat und hatte Geduld. Ich möchte Euch bitten, in dieser Frage zum ÖV vorwärts zu machen und ich unterstreiche, was ich schon sagte, eine Gesamtschau muss her, es muss endlich mal das ganze Bild von Adliswil angeschaut werden. Wir haben neue Quartiere, welche sind in Planung, wie Sihlmatte zum Beispiel. Es muss jetzt eine Lösung her.

Sebastian Huber (SVP)

Wenn man in einer Instanz nicht weiterkommt, ist es vielleicht sinnvoll, es über eine andere Instanz zu probieren. Vielleicht wird sich ja die SP in der Fraktion einig, wie sie das mit der Initiative machen wollen, und dann kann das Volk entscheiden. Das Volk entscheiden zu lassen ist eine gute Sache. Und wenn das Volk einen Entscheid trifft, muss auch der Stadtrat mitmachen. Das kann ich nur empfehlen und dann sehen wir weiter.

Stadträtin Carmen Marty Fässler

Ich möchte gerne auf das Grundlagenpapier verweisen, auf die Studie, die der Stadtrat in Auftrag gegeben hat, genau aus dem Grund einer gesamtheitlichen Betrachtung. Um nicht nur einzelne Quartiere, sondern die verschiedenen Zusammenhänge genau anschauen zu können. Diese Studie dient uns als gute Ausgangslage für die weitere Planungsarbeit. Das ist nämlich genau der Punkt, dass wir anschliessend die Möglichkeit haben, vielleicht heute noch nicht so feinmaschig durch den Bus erschlossene Quartiere genau aufzeigen zu können. Die Überarbeitung des Bus-Netzes wird folgen, das steht auch in der Antwort des Stadtrats.

Seitens des Stadtrats kann ich nur nochmals bezeugen, dass wir die Wichtigkeit des ÖV natürlich sehen. Wir verstehen das Anliegen der Postulanten auf mehr Attraktivität der Quartiere durch Erschliessung mit ÖV und ich kann Ihnen sagen, dass wir seitens des Stadtrats diesem Anliegen eine hohe Priorität einräumen, damit wir einen attraktiven ÖV in Adliswil haben.

Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Abstimmung

Der Rat lehnt das Postulat mit 20 Stimmen zu 12 Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Selbständiges Wohnen im Alter (GGR-Nr. 2022-70)

Interpellation von Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW), Bernie Corrodi (FW) und Daniel Frei (FW) vom 21. November 2022

Die Mitglieder der Freien Wähler haben vom Stadtrat wissen wollen, welche baurechtlichen Massnahmen der Stadtrat trifft, damit ältere Personen auch noch zahlbare Wohnungen in Adliswil bekommen. Die Antwort des Stadtrats kann nun kommentiert und bewertet werden. Es findet keine Abstimmung statt.

Heinz Melliger (FW)

Als erstes möchte ich mich bei Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen bedanken. Ich kann mich noch sehr gut an die Ratssitzung vom 4. Februar 2015 erinnern, wo im Rat eine äusserst lange Debatte zur Ausgliederung der Alterseinrichtung stattfand und letztendlich der Rat auch zugestimmt hatte. Dies ist jetzt knapp acht Jahre her und für uns Freie Wähler haben sich die gestellten Fragen dieser Interpellation aufgedrängt, denn uns haben einige Punkte zur Perspektive und Zukunft gefehlt. Unserer Meinung nach genügt es nicht, uns einfach auf das Angebot der Alterseinrichtungen zu verlassen, sondern wir sehen es auch als Aufgabe des Stadtrats, künftige Entwicklungen oder Tendenzen frühzeitig und proaktiv anzugehen.

Aus den verschiedenen Antworten haben wir festgestellt, dass sich der Stadtrat bei einigen Punkten noch nicht viel Gedanken gemacht hatte oder uns nicht klar aufgezeigt worden ist, ich werde diese Stellen anschliessend kurz erläutern.

Ich zähle mich mit meinem Jahrgang zu den sogenannten "Baby-Boomer", ein riesiges Segment, und wir alle meinen, es gelte noch für Jahrzehnte "forever young". Aber Achtung, in 10 bis 15 Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge sich auch nicht mehr so flott auf ihre Motorräder schwingen und sind bereit, in eine altersgerechte Wohnung umzuziehen, wenn es dann auch irgendwelche Wohnungen gibt. Wir wissen, dass heute eine Wartezeit von zehn Jahren angegeben wird, wer es nicht glaubt, kann Bernie fragen. Also passiert es leider bereits heute, dass einige langjährige Adliswiler wegziehen, um woanders eine bezahlbare Wohnung zu finden, dies müsste nicht sein.

In der Beantwortung der Frage 1 bezüglich Absicherung von günstigem Wohnraum können wir lesen, dass gegenwärtig weder eine Prognose noch belastbare Zahlen vorliegen, ja genau dies haben wir befürchtet. Deshalb hat es uns aber speziell gefreut, dass die Arbeitsgruppe "Altersstrategie" beschlossen hat, eine externe Untersuchung in Auftrag zu geben, was uns etwas Hoffnung macht.

Bei den Fragen 2., 3. und 4. wollten wir den Stadtrat motivieren, neben den bekannten und aufgelisteten Genossenschaften und den Alterseinrichtungen Sihlsana und SABA sich aktiv um neue Einrichtungen in ähnlicher Form zu bemühen, anstelle auf Anfragen zu warten. Es gibt einige Landflächen in Bauzonen, welche die Stadt nicht mehr verkaufen kann und diese sind geradezu prädestiniert, um neue Angebote zu generieren und zweckgebunden ein günstiges Wohnen im Alter zu ermöglichen, z.B. durch genossenschaftlichen Wohnbau, aber ausschliesslich für die ältere Einwohnerschaft. Der Stadtrat verspricht hier, entsprechende Möglichkeiten zu prüfen und bei konkreten Anfragen an den Grossen Gemeinderat zu gelangen. Dieses Versprechen begrüssen wir sehr, wir werden die Situation weiterhin im Auge behalten und

kontrollieren, ob der Stadtrat wirklich proaktiv Projekte vorantreibt und neue Möglichkeiten entwickelt.

Bei der Beantwortung der Frage 5 sehen wir eine deutliche Zustimmung des Stadtrats für entsprechenden Handlungsbedarf, basierend auf den verschiedenen Vorstössen im Rat bezüglich günstigem Wohnraum. Der Stadtrat verspricht bei der Überarbeitung der BZO eine Situationsanalyse der Bevölkerungsstruktur vorzunehmen und verschiedenen Massnahmen zu prüfen. Genau dies war unsere Absicht und die Antwort des Stadtrats haben wir natürlich sehr gerne gelesen. Für uns ist ein selbständiges Wohnen im Alter enorm wichtig, wobei selbständig ausserhalb Sihlsana oder SABA heisst. Adliswil könnte ein Aushängeschild werden, wenn die Stadt ein hervorragendes Angebot von altersgerechten Wohnungen mit vertretbaren Kosten fördern und anbieten könnte. Dabei soll dieses Angebot vor allem helfen, grössere Wohnungen zugunsten von Familien freizubekommen und die Abwanderung von älteren Personen zu vermeiden, welche ihr Leben lang in Adliswil wohnten, aber im Alter aus Kostengründen wegziehen müssten.

Wir Freie Wähler bleiben dran an diesem Thema und werden bei Bedarf oder Gelegenheit den Stadtrat wieder um Berichterstattung bitten, wenn er nicht von sich aus über Neuigkeiten informiert. Besten Dank für die Beantwortung und Eure Aufmerksamkeit im Rat.

Heinz Geissler (FDP)

Die Interpellanten greifen ein Thema auf, das uns in den kommenden Jahren sicher beschäftigen wird. Die Generation der Babyboomer wird ins Rentenalter kommen und wird mit zunehmendem Alter spezielle Bedürfnisse haben. Selbständiges Wohnen im Alter ist zu begrüssen. Nur sollte auch berücksichtigt werden, dass heutzutage die älteren Leute gesundheitlich besser versorgt und daher aktiver und unabhängiger sind. Trotz diesem Umstand setzen sich viele ältere Leute auf eine Warteliste für eine Alterswohnung, ohne bereit zu sein, diese zu beziehen. Die Aussagekraft dieser zehnjährigen "Wartefrist" ist daher nur bedingt gegeben.

Daher sollte zuerst der tatsächliche Bedarf festgestellt werden. Wir begrüssen das Vorgehen des Stadtrats mit der Arbeitsgruppe Altersstrategie, die eine externe Untersuchung darüber in Auftrag gegeben hat, deren Erkenntnisse in die weitere Planung einfließen werden.

Eine Studie der Swiss Life aus dem Jahr 2022 zeigt auf, dass zwei Drittel der heute 65 bis 75jährigen sich mindestens gleich viel leisten können wie vor der Pensionierung. 73% der Menschen ab 65 leben in einem Haushalt mit hoher finanzieller Zufriedenheit. Die Argumente der Interpellanten aber, dass eine zunehmende Zahl der Rentner und Rentnerinnen weder über ein genügendes Einkommen noch über Vermögen verfügen, um sich eine entsprechende Wohnung zu leisten und auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, sind daher nicht erhärtet.

Sehr viele sogenannte Babyboomer gehören auch der Erbgeneration an und was nicht vergessen werden darf, in der heutigen Generation sind auch viel mehr Frauen berufstätig und verfügen im Gegensatz zu früher über eigene Mittel und auch Pensionsgelder. Sie sind daher weit weniger abhängig von fremder Unterstützung.

Wir sind aber auch der Meinung, dass günstiger Wohnraum für ältere Leute, die darauf angewiesen sind in Adliswil, zur Verfügung stehen sollte. Wie der Stadtrat in seiner Beantwortung ausführt, werden im Rahmen der anstehenden Revision der

Nutzungsplanung Fragen der künftigen demographischen Zusammensetzung und der baulichen Anforderungen behandelt. Zudem wird eine Analyse im Zusammenhang der Totalrevision der BZO zeigen, wie die Situation in Adliswil aussieht und welche Massnahmen zur Schaffung von günstigem Wohnraum nötig sein werden.

Jacqueline Schoch (GP)

Wir begrüssen die externe Untersuchung des Stadtrats, bzw. Arbeitsgruppe Altersstrategie betreffend Bedarf an preisgünstigem Wohnraum für Senioren und Seniorinnen.

Es liegt in der Verantwortung des Stadtrats und der Gesellschaft, diesen Missstand auszubremsen. Was passiert mit dem Alters-Pflegeheim an der Badstrasse, wenn der Neubau steht? Es wäre doch eine gute Option, dieses Gebäude in einen baugenossenschaftlichen Wohnungsbau für Senioren und Seniorinnen umzusetzen. Zielführend für ein möglichst langes, selbständiges Wohnen.

Der Stadtrat prüft nach den Analysen im Rahmen der Totalrevision der BZO, abhängig von den Resultaten, ein Instrument zur Schaffung von günstigem Wohnraum. Wir sind uns einig, dass dies den Druck des Wohnungsmarkts erheblich senken würde.

Die Stadt Adliswil muss umdenken, ältere Generationen bleiben oft in den günstigen 4-Zimmer-Wohnungen, da sie keine kleineren preisgünstigen Wohnungen finden. Diese 4-Zimmer-Wohnungen wiederum werden von Familien dringend benötigt. Es kann doch nicht sein, dass Bürger und Bürgerinnen, die ihr ganzes Leben in Adliswil gelebt haben, gezwungen sind, die Stadt Adliswil zu verlassen, weil sie keinen adäquaten Wohnraum finden.

Esen Yilmaz (SP)

Die Stiftungsrätin der PK Adliswil, neu BVK, soll nicht zustimmen, dass die PK-Liegenschaften verkauft werden. Genau mit diesen Liegenschaften der PK könnten wir auf den Adliswiler Wohnungsmarkt Einfluss nehmen. Das ist ein Mittel, nach dem wir gesucht haben. Die Stiftungsrätin hat gesagt, die PK ist autonom, die Stadt hat keinen Einfluss. Aber sie ist ja, weil sie Stadträtin ist, in diesen Stiftungsrat eingetreten. Also soll sie bitte als Stiftungsrätin Einfluss nehmen, mit dem Gedanken, dass ältere Menschen in Adliswil, die sich keine teure Wohnung leisten können, nicht wegziehen müssen von Adliswil. (Wir wollen, dass Bernie in Adliswil bleibt.) Wir müssen es steuern können, dass Adliswilerinnen und Adliswiler nicht wegziehen müssen, und ich denke, das ist eine Möglichkeit, die es zu prüfen gilt. Neue, günstige Wohnungen bauen geht nur mit günstigem Boden. Denn alles andere für den Bau können wir gar nicht mehr gross beeinflussen. Ich glaube, wir sollten mittels einem Steuermechanismus die Möglichkeit für die älteren Adliswilerinnen und Adliswiler schaffen, dass sie nicht aus Adliswil wegziehen müssen, weil eine neue 2-Zimmer-Wohnung mehr kostet als ihre alte 4-Zimmer-Wohnung.

Ann-Kathrin Biagioli (GLP)

Die Mitte-EVP-GLP-Fraktion unterstützt grundsätzlich das Ansinnen der Interpellation. Adliswil soll nicht nur ein Zuhause für junge Menschen und Familien sein, sondern auch Heimat für Seniorinnen und Senioren bleiben. Gerade unsere älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen sind von fehlendem bezahlbarem Wohnraum teilweise

hart betroffen, da die Einkommen im Ruhestand meist begrenzt sind und es schwierig und herausfordernd sein kann, mit den stetig steigenden Kosten Schritt zu halten. Können sich ältere Menschen das Wohnen in der vertrauten Umgebung jedoch nicht mehr leisten und sind gezwungen, das vertraute Umfeld zu verlassen, kann dies gravierende Folgen haben. Das kann neben sozialer Isolation und Einsamkeit zu ernsthaften gesundheitlichen Folgen wie Depressionen führen, mit dem Ergebnis von hohen Kosten für das Gesundheitswesen. So hat sich die Stadt Adliswil in ihrem Altersleitbild denn auch auf die Fahne geschrieben, ein Zuhause auch für Seniorinnen und Senioren zu sein.

Der Stadtrat zeigt Weitblick, indem er den Bedarf an preisgünstigem Wohnraum für Seniorinnen und Senioren in einer externen Untersuchung evaluieren lässt und die relevanten Player wie die SABA und die Sihlsana einbezieht. Zudem ist es sinnvoll und unablässig, die künftige demographische Entwicklung und die damit einhergehenden baulichen Anforderungen im Rahmen der Revision des Nutzungsplans zu evaluieren und dabei auch den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu überprüfen.

Wir von der Mitte-EVP-GLP-Fraktion nehmen doch etwas überrascht zu Kenntnis, dass die zentralen Ansinnen der Interpellation einen gewissen Widerspruch zur sogenannten Medienmitteilung der Bürgerlichen zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Adliswil vom 21. Oktober 2021, welche auch von den Freien Wählern als Initianten der vorliegenden Interpellation mitverfasst wurde, zu stehen scheint. So wurde in der besagten Medienmitteilung ausdrücklich und recht apodiktisch die Schaffung höherer Wohnqualität, bestenfalls im Eigentumsstandard, gefordert, um so steuerkräftige Bewohnerinnen und Bewohner anzulocken, was gemäss den Forderungen in der Medienmitteilung nicht zuletzt durch die Vornahme einer Schätzung der jeweils zu erwartenden Steuerkraft bei jedem Bauprojekt gewährleistet werden sollte.

Doch vielleicht hat sich bei den Freien Wählern mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass das soziale Miteinander mehr ist als eine reine Renditenjagd - wenn ja, umso besser!

Und im Ergebnis könnten die beiden scheinbar entgegengesetzten Ansinnen vielleicht doch noch miteinander vereinbart werden: Eine massvolle Entwicklung, die sowohl hochwertigen Wohnraum für gute Steuerzahler als auch kostengünstigen Wohnraum für sozial Bedürftige und unsere älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen schafft. Denn in Adliswil leben wir gemeinsam, Jung und Alt, Arm und Reich – und genau das macht den Charme unserer Stadt aus.

Abschließend möchten wir sagen: Auch, wenn der Stadtrat keine Garantie für ausreichend günstigen Wohnraum übernehmen kann, sind wir zuversichtlich, dass er sich der Bedürfnisse unserer älteren Mitbürger annimmt und Adliswil auch künftig ein Zuhause für alle Generationen bleibt.

Bernie Corrodi (FW)

Die 10 Jahre Wartefrist sei nur bedingt gegeben, kritisiert die FDP, weil die Leute sich immer wieder abmelden und quasi wieder hintenanstellen. Ich will gar nicht abstreiten, dass es einzelne Leute geben mag, die das so machen. Aber es bleiben 10 Jahre, auch wenn sie die Wohnung ablehnen und wieder hintenanstehen. Diese Zahlen habe ich nicht erfunden, in meiner ehemaligen Funktion als Rechnungsprüfer beim Sozialamt wurde mir diese Zahl glaubhaft erklärt. Etwas zum Einkommen.

Die Swiss Life völlig unverdächtig stellt dar, dass ein Ehepaar mit Ersatzleistungen in der Schweiz ein Jahreseinkommen hat von 74'000 Franken. Frauen 45'000 Franken, Männer 65'000 Franken, das seien Durchschnittseinkommen. Ja, wir wollen diese Wohnungen nicht gratis, wir wollen sie so ausgestalten, dass man sie bezahlen kann. Weil, meine Damen und Herren, eine neue Wohnung zu bauen, ist heutzutage unter 2000 - 2500 Franken nicht mehr möglich. Der letzte Punkt ist wirklich, dass wir den älteren Leuten es «Bitzeli» Sorge tragen müssen. Ich rede auch nicht in meinem Interesse (Heiterkeit).

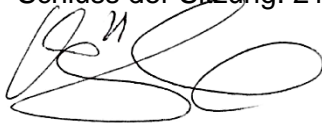
Ratspräsident Wolfgang Liedtke

Die Interpellanten haben ihre Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 21.58 Uhr



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin